

Flüchtlinge in Griechenland:



Griechenland begeht massive Menschenrechtsverletzungen. Flüchtlinge werden systematisch zurückgewiesen, misshandelt und manchmal sogar gefoltert. Die Haftbedingungen sind menschenunwürdig. Das Aufnahme- und Asylsystem ist eine Fiktion: Griechenland stellt aktuell nur knapp 770 Unterkunftsplätze im ganzen Land bereit, aber über 2.000 Haftplätze für Flüchtlinge und Migranten. Die Folge: Asylsuchende bleiben in Griechenland auch während des laufenden Verfahrens vielfach obdachlos und ohne jede soziale Unterstützung. »Die Wahrheit mag bitter sein, aber sie muss gesagt werden«, so lautet der Titel der Dokumentation, die PRO ASYL und die griechische Anwaltsvereinigung für die Rechte der Flüchtlinge und Migranten Ende Oktober 2007 in Athen und Brüssel veröffentlicht haben.

**zurückgewiesen,
misshandelt
und rechtlos**

Flüchtlinge im Haftlager auf Samos

Karl Kopp

Die EU-Kommission, das Europaparlament, das Antifolterkomitee des Europarats (CPT) und die Regierungen der EU-Staaten dürfen nicht hinnehmen, dass Griechenland Menschenrechte massiv verletzt. Die Praktiken griechischer Grenzbeamter und der Küstenwache stellen eine eklatante Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Genfer Flüchtlingskonvention dar. Solange die systematisch erfolgenden Menschenrechtsverletzungen nicht

abgestellt sind und Griechenland kein adäquates Asyl- und Aufnahmesystem für Flüchtlinge installiert hat, ist es unverantwortlich, Flüchtlinge im Rahmen der sog. Dublin II-Verordnung, die die Zuständigkeit für Asylverfahren innerhalb der EU regelt, nach Griechenland zu überstellen.

REAKTIONEN

Der PRO ASYL-Bericht über die katastrophale Situation der Flüchtlinge in Griechenland löste eine breite internationale Be-

richterstattung aus. Auch die Resonanz in der griechischen Öffentlichkeit und Politik war enorm. Am Tag der Veröffentlichung, am 29. Oktober 2007, bezeichnete der für die Küstenwache zuständige Minister Georgios Voulgarakis »die Anschuldigungen als besonders gravierend«, sie erzeugten »ernste Besorgnis«. Er versprach eine »schonungslose Aufklärung«. Zwei Tage später fand eine erregte Debatte im griechischen Parlament statt. Oppositionsführer Papandreou bezeichnete die schweren Menschenrechtsverletzungen als »Schande für Griechenland«. Eine Woche lang dominierte das Thema die Titelseiten griechischer Tageszeitungen. Seitdem wird fortlaufend darüber berichtet.

Internationale Zeitungen wie Herald Tribune, New York Times, Le Monde, Le Figaro, The Guardian etc. griffen das Thema auf. TV-Teams aus aller Welt recherchierten in Folge in Athen, in Patras sowie auf Chios, Samos und Lesbos. Auch das Europaparlament und die Europäische Kommission reagierten schnell. Der Sprecher des Vizepräsidenten der Kom-

Chios, Sommer 2007: Meine Arme wurden von einem Polizisten hinter meinem Rücken zusammengedrückt. Der andere drückte meinen Kopf mit einem Nackengriff nach unten ins Wasser. Ich konnte nicht mehr atmen. Ich wurde erst nach einiger Zeit hochgezogen. »Weißt du nun die Farbe und den Namen des Schiffes?« Ich sagte: »Nein«. Er schlug mir zweimal ins Gesicht. Der Polizist hinter mir griff erneut nach meinen Armen. Ich wollte noch einmal tief Luft holen. Der Polizist vor mir fragte: »Erinnerst du dich jetzt, oder nicht?« Ich verneinte erneut. Und sofort packte er meinen Kopf und drückte ihn wieder in den Wassereimer. Ich hatte Todesangst. Ich dachte, dass ich das nicht überleben werde. Als ich wieder hoch kam, fragte mich der Polizist wieder: »Du Erinnerst dich also nicht?« Ich wiederholte: »Nein«. Er drückte mich noch einmal in den Wassereimer.

mission, Franco Frattini, erklärte am 30. Oktober 2007 im ZDF. »Wir nehmen den Bericht von PRO ASYL sehr, sehr ernst«.

Der griechische Europaabgeordnete des SYNASPISMOS (Linksallianz) Dimitrios Papadimoulis richtete am 14. November 2007 eine Anfrage an die EU-Kommission:

»Im Report von PRO ASYL werden Beschuldigungen hinsichtlich systematischer Menschenrechtsverletzungen, Misshandlungen, rechtswidriger Zurückschiebungen von Flüchtlingen und sogar Folterungen erhoben ...

Wie beurteilt die Kommission den Vorschlag von PRO ASYL, die Anwendung der Dublin II-Verordnung bei Asylanträgen in Griechenland auf Grund der untragbaren Aufnahmebedingungen vorläufig auszusetzen?«

Die eklatanten Verletzungen von Flüchtlingsrechten spielen eine zentrale Rolle, wenn es um die Rücküberstellung bzw. Abschiebung von Schutzsuchenden nach Griechenland geht. In Deutschland, Italien, England, den Niederlanden, Dänemark, Schweden, Belgien kämpfen Asylsuchende verzweifelt gegen ihre Rücküberstellung.

»RÜCKHALTLOSE AUFLÄRUNG?« – FEHLANZEIGE

Die griechischen Behörden versprachen »rückhaltlose Aufklärung«, aber bis jetzt ist nichts passiert. Skepsis ist geboten, in der jüngsten Vergangenheit blieben in Griechenland die Täter – Polizisten und Grenzbeamte – straffrei und die Opfer schutzlos. Schlimmer noch: Die Menschenrechtsverletzungen gehen weiter.

Samos: Am 10. November 2007 versuchen drei iranische Flüchtlinge mit einem Schlauchboot von der türkischen Küste nach Griechenland zu gelangen. Kurz vor der Insel Samos werden sie von der griechischen Küstenwache entdeckt und samt Schlauchboot an Bord genommen. Anschließend bringt ein Boot der Küstenwache sie in türkische Gewässer: Man nimmt ihnen die Paddel ab und setzt sie 300 Meter vor der türkischen Küste aus. Kurze Zeit später gelingt den dreien die Überfahrt nach Samos. Sie werden einige Tage inhaftiert. Nach ihrer Freilassung berichten sie gegenüber unserer griechischen Partnerorganisation von diesem Vorfall.

Mitilini/Lesbos: Anfang Januar 2008 werden dreizehn afghanische Flüchtlinge, darunter acht Minderjährige, nach dem gleichen Muster in türkische Gewässer zurückgewiesen. Ihre Schlauchboote werden seeuntüchtig gemacht. Sie waren zuvor auf offener See aufgegriffen und von z.T. maskierten Grenzbeamten misshandelt worden. Der Jüngste der Gruppe ist neun Jahre alt. Taner Kilic, amnesty international-Vertreter in der Türkei, interviewt die Gruppe und stellt Spuren von Misshandlungen auf den Körpern der Flüchtlinge fest.

Samos: Der Fall A. – misshandelt und unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert:

A. ist palästinensischer Flüchtling aus dem Libanon. Anfang Mai ist er mit 21 anderen Flüchtlingen von der griechischen Küstenwache aufgegriffen worden. Dabei kam es zu schwersten Misshandlungen. A. wurde in dem alten Haftlager in Samos, das wegen seiner unmenschlichen Bedingungen europaweit Schlagzeilen gemacht hat, sofort inhaftiert. Sein Insistieren, ins Krankenhaus gebracht zu werden, blieb ungehört. A. wurde erst nach 25 Tagen ins Krankenhaus gebracht, wo man mehrere Rippenbrüche feststellte. 25 Tage blieb er unbehandelt. Erst nach der Intervention von PRO ASYL und der Rechtsanwältin Marianna Tzeferakou erhielt A. eine medizinische Behandlung. Er blieb insgesamt 92 Tage eingesperrt. Heute lebt er auf Kreta.

PRO ASYL hat die griechische Anwältin beauftragt, A.s Asylverfahren zu begleiten und außerdem aufgrund eines Verstoßes gegen Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (»Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden.«) Griechenland vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg zu verklagen.



Schlafsaal in der Haftanstalt auf Samos

Patras: Ende Januar 2008 finden italienische Polizisten die Leiche eines fünfzehnjährigen Afghanen in einem LKW, der mit einer Fähre von Patras nach Italien übergesetzt war. Das Kind war an den Abgasen des LKW erstickt, in dem es sich während der Überfahrt versteckt hatte. In seiner Jackentasche findet man ein Schreiben der griechischen Behörden, demnach der junge Flüchtling das Land innerhalb von 30 Tagen verlassen sollte. George Moschos, der stellvertretende griechische Ombudsmann beklagt, dass dieser Tod zu verhindern gewesen wäre, wenn Griechenland seine Gesetze und

die international verbrieften Rechte von unbegleiteten Minderjährigen einhalten würde.

DER INTERNATIONALE DRUCK WÄCHST

Im Gegensatz zu früher wird es der griechischen Regierung nicht mehr gelingen, den Skandal einfach auszusitzen, denn der internationale Druck auf Griechenland hat sich erhöht.

Das Antifolterkomitee des Europarates warnte am 8. Februar 2008, dass in Griechenland Flüchtlinge und Migranten Gefahr laufen, von Beamten misshandelt zu werden. Trotz wiederholter Empfehlungen des Komitees seien die griechischen Behörden nicht bereit, aus den Ergebnissen der Untersuchungen Konsequenzen zu ziehen. Die bislang von den griechischen Behörden ergriffenen Maßnahmen

seien wenig effektiv. So zweifelten hochrangige Vertreter des Ministeriums für öffentliche Ordnung die Substanz der Berichte des Antifolterkomitees an und versuchten, Vorwürfe von Misshandlungen als Einzelfälle darzustellen.

Die EU-Kommission leitete am 31. Januar 2008 ein Vertragsverletzungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof gegen Griechenland ein. Moniert wird darin der Umgang der griechischen Behörden mit Asylsuchenden nach ihrer Überstellung aus anderen europäischen Ländern. Das norwegische Immigration Appeal Board ordnete am 7. Februar 2008 an, Überstellungen nach Griechenland bis auf weiteres auszusetzen.

Die Entscheidung Norwegens ist eine weitere Warnung an Griechenland, endlich ein faires Asylsystem zu schaffen und vor allem die Menschenrechte von Schutzsuchenden zu beachten. ■



PRO ASYL und die griechische Vereinigung der Rechtsanwälte für die Rechte von Flüchtlingen und Migranten haben schwere Menschenrechtsverletzungen in Griechenland recherchiert und dokumentiert.

Im Sommer und Herbst 2007 haben Vertreter von PRO ASYL und der griechischen Rechtsanwältvereinigung mit mehr als 100 Flüchtlingen, Vertretern der griechischen Küstenwache sowie der Behörden gesprochen und verschiedene Haftlager auf den Inseln Lesbos, Chios und Samos besucht. Die Ergebnisse haben die STIFTUNG PRO ASYL und der Förderverein PRO ASYL in der ausführlichen Dokumentation »The truth may be bitter, but it must be told« veröffentlicht.

■ Bestellmöglichkeit auf Seite 47

MENSCHENRECHTSPREIS DER STIFTUNG PRO ASYL

Die Stiftung PRO ASYL verleiht ihren diesjährigen Menschenrechtspreis, die PRO ASYL-Hand 2008, an Frau Marianna Tzeferakou von der griechischen Rechtsanwältvereinigung für die Rechte von Flüchtlingen und Migranten. Bei zwei Recherchemissionen im Juli/August und im Oktober 2007 haben Günter Burkhardt und Karl Kopp von PRO ASYL, der Journalist Elias Bierdel und die Rechtsanwältvereinigung die Situation an der EU-Außengrenze in der Ägäis untersucht. Die Ergebnisse der Recherche sind höchst schockierend. Die griechische Küstenwache misshandelt systematisch neu ankommende Flüchtlinge. Die Polizei inhaftiert völkerrechtswidrig alle Flüchtlinge bei ihrer Ankunft. Alle drei von der Delegation besuchten Haftlager auf Lesbos, Samos und Chios bieten unhaltbare Lebensbedingungen. Rechtsanwältin Marianna Tzeferakou hat uns bei der Recherche sehr unterstützt. PRO ASYL dankt ihr und ihrer Organisation für den unermüdeten Einsatz für Schutzsuchende in Griechenland.

